

# Das Berliner Loch

## Schloss-Pläne: Machbarkeitsstudie unter Verschluss

Die Machbarkeitsstudie zum Stadtschloss, vom Bundesbauministerium und dem Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Ende August vorgestellt, war dieser Tage Anlass zweier Podiumsdiskussionen in Berlin. Am Donnerstag lud der Verein Berliner Wirtschaftsgespräche zur Diskussion, in der Woche zuvor der Verband beratender Ingenieure. Beide Male wurde festgestellt, dass die hundert Seiten starke Studie, die doch Anlass beider Podien war, den Veranstaltern nicht vorlag. Gleichzeitig formiert sich dieser Tage unter dem Motto „Rettet den Palast“ ein breites Bündnis, unterstützt unter anderem von der Bundestagsfraktion der Grünen und dem Berliner Landesverband des Bundes deutscher Architekten. Die Initiative will ein Moratorium des Palast-Abrisses erwirken, solange nicht geklärt ist, wann und wie der Schlossneubau durchzuführen sei. Die Initiative beruft sich dabei auf eben diese Machbarkeitsstudie zum Schlossneubau, denn in ihren Augen ist sie das Gegenteil: eine Nichtmachbarkeitsstudie.

Es wird gestritten um ein Dokument, das die Öffentlichkeit bisher nicht kennt. Lediglich einzelne, dem Schlossneubau eher gewogene Journalisten hatten Einsicht in das Papier nehmen können; Abgeordneten des Bundestags wurde es offenbar auch auf Anfrage hin vorenthalten. „Auf der Grundlage der Machbarkeitsstudie“, so heißt es im Koalitionsvertrag, „sollen zügig die weiteren Entscheidungen zum Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses getroffen werden.“ Kritiker der Schlossneubaupläne wie Philip Oswald – Architekt und Mitinitiator der „Zwischenpalastnutzung“ im Palast der Republik – mussten sich die Studie auf verschlungenen Wegen besorgen, um überhaupt mitdiskutieren zu können. Wie konnte es dazu kommen?

„Die Gutachter gehen davon aus, dass die Realisierung auch in Form einer Public-Private-Partnership grundsätzlich machbar sei“, hatte das Bauministerium im August fröhlich verkündet, als sei nun der Auftrag des Bundestags vom November 2003, eine Lösung der Finanzierungsfrage herbeizuführen, so gut wie gelöst. Wer sich jedoch in das Gutachten der beauftragten BulwienGesa AG auch nur ein wenig einliest – Kopien kursieren mittlerweile auf Initiative der Kritiker eines sofortigen Palast-Abrisses –, der wird feststellen, dass hinter die unverbindliche Feststellung aus dem Hause des scheidenden Bauministers Stolpe dicke Fragezeichen gehören.

Denn das Gutachten verdeutlicht, dass mit jeder Beteiligung von privaten Investoren auch die Risiken für Finanzierung und Nutzungskonzepte des mittlerweile auf rund 670 Millionen Euro veranschlagten Riesenprojekts steigen. Noch mehr: Die vorgeschlagene Einbeziehung eines Fünf-Sterne-Hotelbaus an der Spreeseite des Areals würde – wie Andreas Schulten von der BulwienGesa AG beim Podium am Donnerstag ausdrücklich bestätigte – keine finanzielle Entlastung bringen, lediglich „Synergieeffekte“. Offenbar vor allem den, dass Besucher eines zukünftigen Kongresses im Schloss unterm gleichen Dach teuer absteigen können, anstatt eines der mindestens sieben Fünf-Sterne-Hotels im Umkreis von fünf Taximinuten ansteuern zu müssen. Statt finanzieller Entlastung entstehen neue Probleme. Um den Raumbedarf von 50 000 Quadratmetern für das geplante Wissenschafts- und Kulturzentrum zu erreichen, müsste man laut Studie knapp zehn Meter in die Tiefe bauen, um den überwiegenden Teil der außereuropäischen Sammlung aus Dahlem unterzubringen. Die Kosten dafür sind ausdrücklich nicht einkalkuliert.

Es ist absurd, wenn nicht unmöglich, die „eigentliche“ kulturelle Nutzung des Gebäudes aus dessen historischer Kubatur in ein hinzugefügtes Untergeschoss zu verbannen. Oswald erinnert an die Feuchtigkeitsprobleme, die die nahe gelegene Akademie der Künste aufgrund des hohen Berliner Grundwasserspiegels hat. Wenn dann noch hinzukommt, dass die öffentliche Hand einem so genannten Einredeverzicht zustimmt, um die Zahlung des Neubaus in einem Leasing-Modell mit einem möglichen Investor über Jahrzehnte zu stückeln, kann das heißen, dass selbst im Fall von Fehlplanung oder gar Insolvenz eines Investors die Raten unvermindert weiter gezahlt werden müssten: Public-Private-Partnership als vorprogrammierter Finanzskandal.

Wilhelm von Boddien, der Geschäftsführer des Fördervereins Berliner Schloss, stellte beim Podium der beratenden Ingenieure vor allem seinen Erfindungsreichtum beim Spendensammeln heraus: so werbe man Mitglieder des Lions-Club als Paten der Sandstein-Löwen an der Barockfassade. Zugleich wollte er nicht allzu konkret auf die Studie einzugehen, also auf die lästigen Details der Schlossrealisierung. Während die Schlossbefürworter die Studie lieber zu verdrängen scheinen, taktieren mögliche Nutzer mit ihr. Jochen Brüning, Direktor des Helmholtz-Zentrums an der Humboldt-Universität, hält die Untergeschosspläne für die außereuropäischen Sammlungen scheinbar gar für Humbug: Ohne es offen auszusprechen, zeigt er deutliche Skepsis gegenüber den Modellen einer Public-Private-Partnership. Die Studie lässt ja die Schlussfolgerung zu, dass eine Verwirklichung ohne Hotel, vielleicht gar ohne Schloss, für Kunst und Wissenschaft eigentlich geeigneter und günstiger wäre. „Ich kann mit vielen Fassaden leben“, sagte Brüning nach Ende der Veranstaltung vieldeutig.

Andreas Schulten verteidigte die Geheimniskrämerei um die Studie: Es sei nicht üblich, Gutachten mit vertraulichen Daten vollständig zu veröffentlichen. Da aber selbst der Koalitionsvertrag ausdrücklich darauf verweist, kann man sich des Verdachts nicht erwehren, dass hier einige wenige die Deutungshoheit über die Studie bewahren wollen. Man kann auch sagen: Die Öffentlichkeit soll getäuscht werden. Kritiker des Palast-Abrisses könnten schließlich aus der Studie schlussfolgern, dass eine seriöse Klärung der Investitions- und Nutzungsfragen noch in weiter Ferne liegt. Ein Investorenwettbewerb ist noch gar nicht ausgeschrieben, geschweige denn ein darauf folgender Architektenwettbewerb.

Umso unverantwortlicher erscheint es, auf Teufel komm raus nun bis zum Januar 2006 den Abriss zu betreiben. Die Berliner Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer sagte am Donnerstag, der Senat setze schlicht den Beschluss des Bundestages um. Doch die Voraussetzungen, unter denen der Bundestag entschied, haben sich geändert: Man ging seinerzeit, vor der Studie, vom zügigen Schlossbau nach Palast-Abriss aus.

Offenbar fügt man sich nun politischem Druck, der darauf setzt – wie zuletzt auch Angela Merkel bekundete –, dass die Brache den Leidensdruck erhöhen und so den Schlossneubau beschleunigen wird. Das ist nicht Politik, sondern aktionistisches Wunschdenken. Die pragmatische Lösung wäre, den Palast bis Baubeginn des Schlosses stehen zu lassen. Doch die Angst vor dem Versäumnis, vorzeitig vollendete Tatsachen zu schaffen, scheint groß. Jedenfalls größer als die Angst, eine skandalöse Riesenbrache und ein finanzielles Dauerdesaster zu produzieren.

JÖRG HEISER